



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 09.06.2015, 18:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. - Jahresbericht
2014, Freigabe des städtischen Zuschusses 2015 zur
Auszahlung
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 215/15

Empfehlungsbeschluss:

1. Der Bericht der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2015 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von 779.800 EUR (institutioneller Zuschuss i.H.v. 533.000 EUR, Begabtenförderung i.H.v. 20.000 EUR, Mietzuschuss i.H.v. 226.800 EUR) wird zur Auszahlung freigegeben.
3. Ein weiterer Betrag i.H.v. 4.400 EUR (Differenz aus Planansatz (533.000 EUR) und bzgl. der Dynamisierung rechnerisch tatsächlich erforderlichem Zuschussbetrag (537.400 EUR)) wird als überplanmäßige Ausgabe, die durch das Budget des FB 41 gedeckt wird, genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung und begrüßt Frau Schützer und Frau Stegmann von der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. und übergibt das Wort an Frau Stegmann.

Frau **Stegmann** gibt einen kurzen Überblick zur Aufstellung der Jugendmusikschule. Mittlerweile sei die Zahl der Gesamtbeleger mit ca. 2.900 Schülern explodiert. Hierbei sei der Kooperationsbereich am größten. Ziel sei es in Zukunft, die Kooperationen auszuweiten und gleichzeitig den Kernbereich stabilisiert zu halten. Insbesondere die letztgenannte Aufgabe sei eine lohnende Investition. Anschließend berichtet Frau Stegmann von dem Wechsel an der Führungsspitze der Jugendmusikschule. Der ehemalige Leiter Herr Karsch wurde im Januar diesen Jahres von Frau Schützer abgelöst, die schon einige erfolgreiche Impulse gesetzt habe. Darunter seien unter anderem das Sponsorenkonzept der Musikschule und die Überarbeitung der Team- und Leitungsstrukturen zu fassen.

Zum Abschluss verweist Frau Stegmann auf den Jahresabschluss 2014 der Musikschule. Mit einem Verlust von -41.000 € habe die Musikschule besser abgeschlossen als erwartet. Im Jahr 2015 ist ein Jahresabschluss von -8.000 € geplant, womit sich die Musikschule der schwarzen Null weiter nähere. Diese Entwicklung sei den Bezuschussungen durch Stadt, Freunde und Förderer zuzuschreiben.

Frau **Schützer** erläutert im Folgenden den Jahresbericht zu 2014, Vorl. Nr. 215/15. Die Hälfte der Schülerbelegung werde im Elementarbereich ausgebildet. Man werde in Zukunft auch die Zusammenarbeit mit den Schulen und die Talentförderung weiter aufbauen. Sie betont den Landeswettbewerb „Jugend musiziert“, welcher im letzten Jahr 1.800 Musiker nach Ludwigsburg brachte. Von 18 teilnehmenden Ludwigsburger Musikschülern hätten sogar 14 einen Preis erhalten. Ohne die Unterstützung der Stadt und der Dynamisierung des Zuschusses hätte die Musikschule einen solchen Erfolg nicht verzeichnen können, wofür sich Frau Schützer bedankt. Das Fundraising der Musikschule solle aber noch weiter ausgebaut werden, wobei sie auf das Sponsorenkonzept verweist. Auch Frau Schützer nennt die positive Entwicklung der Jahresabschlüsse. Es sei geplant, 2017 wieder im positiven Bereich zu liegen. Weiter sei der Bereich der Kooperationen auszudehnen. Daneben wolle die Musikschule neue Tätigkeitsbereiche einbinden. Hierbei nennt Frau Schützer den vokalen Bereich und auch Themenbereiche wie die Hörpädagogik. Zuletzt erwähnt Frau Schützer die Partnerschaft mit den Ludwigsburger Schlossfestspielen, worunter auch eine Podiumsdiskussion in der Musikschule am 17.06.2015 fiele.

OBM **Spec** bedankt sich für den Vortrag und schlägt vor, den Bericht zum Tagesordnungspunkt 2 anzuschließen und eine gemeinsame Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1 und 2 abzuhalten.

Frau **Richert** veranschaulicht anhand einer Präsentation die Entwicklung der Ludwigsburger Musikimpulse. Eine musikalische Frühförderung würde nach wissenschaftlichen Erkenntnissen auf Dauer die Persönlichkeitsentwicklung fördern. Die Musikimpulse erreichten außerdem alle Bildungsschichten und ermögliche somit eine Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Die Elternbeiträge seien von den Eltern gut zu tragen und es wären sogar Freistellungen vom Beitrag möglich. Des Weiteren betont Frau Richert, dass die in der Vorlage beschriebenen verschiedenen Parameter anzugleichen seien. Darum sei auch die neue Finanzierung leicht erhöht worden. Angedacht sei es, das Vor-Ort-Prinzip zu stärken und die Grundschulen flächendeckend, also zu 100%, in das Programm zu integrieren. Deshalb sei auch eine gute Lehrerschaft mit vielen Fortbildungen Voraussetzung. Den Herausforderungen im Umbruch der Bildungslandschaft werde insbesondere anhand von Gesprächen mit den einzelnen Einrichtungen begegnet.

OBM **Spec** eröffnet die Aussprache zu beiden Tagesordnungspunkten und zeigt sich beeindruckt von den Projekten. Er sei stolz und unterstreicht, dass man diese Bildungsmöglichkeiten voranbringen müsse.

Stadträtin **Kreiser** lobt die gute Arbeit und das Engagement der Beteiligten. Die ermöglichte kulturelle Bildung und Sprachförderung, sowie die Talentförderung seien sehr wichtig, da unter anderem eine Vorbildfunktion entstehe. Im Bereich des vokalen Ausbaus fragt sie nach, ob auch die Vereine eingebunden seien. Außerdem fragt Stadträtin Kreiser nach, weshalb der Landeszuschuss nur in Teilen ausgezahlt werde.

Stadtrat **Braumann** spricht sich für die Beibehaltung der Finanzierung durch die Stadt Ludwigsburg aus, da er die städtische Förderung für richtig halte. Er bezeichnet die Projekte als Erfolgsmodell, da dadurch auch Impulse für den späteren Lebensweg der Schüler gesetzt werden würden.

Stadtrat **Dr. Vierling** äußert die Zustimmung seiner Fraktion zu den Vorlagen. Er sehe die Musikschule auf gutem Kurs und freue sich über die jährlichen Zuwächse der Schülerzahlen und die positiven Finanzierungszahlen. Der Finanzplan 2015 zeige, dass die Dynamisierung des Zuschusses eine wichtige und richtige Entscheidung gewesen sei. Als Herausforderung sehe er die ganztägige Schulbetreuung. Er erhoffe sich, dass die Musikschule auch ein Teil der Ganztagesbetreuung werde.

Stadträtin **Deetz** untermauert wie wichtig es sei, bildungsferne Familien in solche Projekte miteinzubeziehen. Diesbezüglich fragt sie nach, ob es auch Leihinstrumente oder Studios zum Musizieren gäbe. Eine andere Frage bezieht sich darauf, ob auch eine Spracherziehung in der

Musikschule praktiziert werde.

Stadtrat **F. Lutz** erklärt, dass seine Fraktion die Projekte unterstützten, da sie es für wichtig hielten, Talente zu erkennen, zu fördern und zu fördern. Er lobt die Idee eines Musikkindergartens, denn Musik verbinde, seien es Bildungsschichten, Religionen, Alter etc. Er frage sich, weshalb die Spendenplanung in 2015 so breit aufgestellt sei und warum der Landeszuschuss nicht in voller Höhe ausbezahlt wurde. Außerdem wolle er wissen, ob die Patenschaften weiter ausgeweitet werden sollen und inwiefern Vereine in die Musikimpulse eingebunden seien. Im Namen seiner Fraktion bedankt er sich für die Arbeit und erklärt die Zustimmung zu den Vorlagen.

Im weiteren Beratungsverlauf bezeichnet Stadtrat **Eisele** die Breiten- und Spitzenförderung im musikalischen Bereich als Aushängeschild. An städtischen Veranstaltungen würde man immer wieder die gute Qualität der Auftritte der Musikschüler erkennen. Er lobt weiter die Verringerung des finanziellen Defizits der Musikschule und den Anstieg der Teilnehmerzahl bei den Musikimpulsen, trotz heutiger medientechnisch geprägter Zeit.

Stadträtin **Dziubas** schließt sich dem Lob ihrer Vorredner an und bekräftigt die Verantwortlichen in ihrem bisherigen Tun fortzufahren.

Stadtrat **Weiss** hebt hervor, dass es für die soziale Entwicklung der Schüler wichtig sei, dass die Angebote und Erkenntnisse in die Tiefe und Breite reichten.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** wirft die Frage auf, ob asylsuchende Kinder auch in die Projekte miteingebunden seien.

Stadträtin **Deetz** ergänzt, dass die ausländischen Kinder ein anderes Musikverständnis hätten. Weiter wolle sie wissen, inwiefern darauf reagiert werden könne.

Das Gremium ist sich einig, dass die soziale Einbindung der Schüler ein wichtiges Kriterium sei.

Stadtrat **Noz** wolle wissen, nach welchen Kriterien die unterschiedliche Projektverteilung in den Stadtteilen festgelegt werde.

Frau **Schützer** übernimmt das Wort, um die Fragen des Gremiums zu beantworten. Zum Landeszuschuss erklärt sie, dass in den vergangenen Jahren immer nur ein Zuschuss bis 8,5 % gewährt wurde und anhand eines Verwendungsnachweises der restliche zustehende Betrag (insgesamt 10 %) ausbezahlt wurde. Frau Schützer fährt fort, dass die Musikschule ein Kompetenznetzwerk aufbauen wolle, das durch die Musikschule gebündelt werden solle. Durch dieses solle die vokale Ausbildung gestärkt werden. Bezüglich der Leihgaben an Instrumenten teilt sie mit, dass es einen Pool an Leihinstrumenten gäbe, jedoch seien darunter noch keine Klaviere.

Frau **Stegmann** ergänzt, dass die Ganztages schulbetreuung ein wichtiges und großes Thema sei, in welches man sich unbedingt einbringen wolle. Die Musikschule sei über jede Unterstützung dankbar, welche sie an die öffentlichen Schulen mehr anbinde. Die Musikschule wolle beispielsweise eine Verankerung in den weiterführenden Schulen erreichen, was u.a. durch die Nutzung der Nähe zum Schulcampus erzielt werden könne.

Stadtrat **Braumann** erkundigt sich, ob eine ausreichende Zahl an Pädagogen gewährleistet sei.

Daraufhin erwidert Frau **Schützer**, dass die Musikschule nicht dazu eingerichtet sei, den Musikunterricht an den Schulen zu ersetzen, sondern um diesen zu ergänzen. Zum Thema der Flüchtlingskinder berichtet Frau Schützer, dass schon einige Kinder bei den Musikimpulsen angekommen seien und in Grünbühl-Sonnenberg gäbe es zwei Eltern-Kind-Kurse. Man sei aber auf der Suche nach Drittmitteln, um mehr Projekte anbieten zu können.

Frau **Thönges** lässt wissen, dass im Oktober der Musikkindergarten starten werde. Hierbei solle eine direkte Verbindung zur Musikschule hergestellt werden, indem beispielsweise die Kinder die Musikschule

besuchen würden. Die Etablierung eines Musikalltags solle auch anhand von Besuchen von Musikpädagogen erreicht werden. Im Bereich der Flüchtlingskinderbetreuung pflichtet sie Frau Schützer bei. Außerdem fügt Frau Thönges ein, dass die Kinder ohnehin auch in die Kindergärten gingen und somit auch an den Musikimpulsen teilnahmen. Trotzdem möchte die Musikschule weitere Angebote bieten können. Auf die Frage der Sprachbildung stellt sie fest, dass eine Sprachbildung zwar enthalten sei, aber es keine Spracherziehung als eigenes Fach gäbe. Zur Frage über die Verteilung der Projekte auf die verschiedenen Stadtteile erläutert Frau Thönges, dass man ohne festgelegte Kriterien begonnen hätte, anzufragen.

OBM **Spec** lässt das Gremium über die Vorlagen 215/15 und 164/15 abstimmen.

TOP 2

Frühförderprogramme Ludwigsburger MusikImpulse -
Singen Bewegen Sprechen Bericht 2013-15 und
weitere Entwicklung

Vorl.Nr. 164/15

Beschluss:

1. Der Bericht über die Frühförderprogramme „Ludwigsburger MusikImpulse“ und „Singen-Bewegen-Sprechen“ der Schuljahre 2013/14 und 2014/15, Stand Mai 2015, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Bezuschussung und Zuschussberechnung des Programms erfolgt ab dem Schuljahr 2015/16 entsprechend der Parameter und Eckdaten bzw. Berechnung der Vorlage Ziff. II bzw. der Anlage 4

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

TOP 3

Betriebliche Altersvorsorge für tariflich Beschäftigte -
Zuschuss des Arbeitgebers Stadt Ludwigsburg

Vorl.Nr. 219/15

Beschluss:

Die Stadtverwaltung Ludwigsburg ermöglicht den tariflich Beschäftigten eine zusätzliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung und gewährt einen Zuschuss von 15% auf den umgewandelten Betrag. Eine entsprechende Vereinbarung wird mit der Sparkassenversicherung bAV Consulting GmbH abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** betont die demografischen Herausforderungen, weshalb eine frühe Vorsorge für das Alter wichtig sei und übergibt für den Sachbeitrag das Wort an Herrn Nitzsche.

Herr **Nitzsche** gibt zunächst wieder, in welchen Blöcken die betriebliche Altersvorsorge im Personalmanagement eingebunden sei. Des Weiteren gibt er zum Verständnis an, dass es sich bei vorliegender geplanter Altersvorsorge um eine für die Beschäftigten und nicht für die Beamten handle. Diese Vorsorge würde außerdem auf dem Freiwilligkeitsprinzip basieren. Die Stadtverwaltung möchte mit der betrieblichen Altersvorsorge den Mitarbeitern eine zusätzliche Absicherung im Alter anbieten und somit einer Altersarmut entgegenwirken. Der Arbeitgeberzuschuss beliefe sich auf 15 %, was den Haushalt nicht belaste und einen weiteren Anreiz der Personalbeschaffung ermöglichen könne. Als Partner der Vereinbarung würde die Stadtverwaltung die Sparkassenversicherungsgruppe wählen.

Stadtrat **Noz** begrüßt den Vorschlag der Verwaltung und untermauert, dass betriebliche Altersvorsorgen in der freien Wirtschaft üblich seien. Dieses Mitarbeiterangebot trage seine Fraktion mit und er bezeichnet dieses als faire Lösung.

Auch Stadträtin **Wiedmann** unterstützt die geplante Art der betrieblichen Altersvorsorge. Sie hebt insbesondere den generationsgerechten Gedanken hervor. Sie wolle nach Einführung der Maßnahme wissen, wie viele Mitarbeiter das Angebot angenommen hätten.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erklärt im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu der Vorlage. Er bezeichnet das Konzept als sinnvoll und vorbildlich und sehe einen möglichen Anreiz für die Gewinnung neuer Arbeitskräfte. Auch könnten solche Maßnahmen in Zukunft den Kreishaushalt im Bereich der Sozialausgaben entlasten. Stadtrat Dr. O'Sullivan fragt nach, ob die späteren Auszahlungen steuerfrei wären.

Stadtrat **Weiss** stimmt dem Vorhaben zu und wolle ebenfalls nach ein oder zwei Jahren wissen, wie die Resonanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewesen sei. Er greift die von Stadtrat Dr. O'Sullivan angesprochene Besteuerungsproblematik auf und erklärt, dass die späteren Auszahlungen besteuert werden würden.

Stadtrat **Eisele** heißt die geplante Maßnahme gut und stellt die Frage, ob für die Stadt als Arbeitgeber rechtliche Probleme entstehen könnten, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von der Vorsorge Gebrauch machten, Vorteile erhielten. Hierbei bezieht er sich insbesondere auf den 15%igen Arbeitgeberzuschuss.

Stadträtin **Dziubas** spricht von einem zeitgemäßen Angebot und stimmt dem Vorschlag zu.

Zum Abschluss spricht **Herr Nitzsche** nochmals die Besteuerungsfrage an. Die Einzahlung der Beträge sei steuerfrei, aber die Auszahlungsbeträge würden besteuert werden. Auf Nachfrage von Stadtrat **Eisele** hin, erklärt er, dass es zu keinen rechtlichen Problemen für die Stadt als Arbeitgeber führe.

OBM **Spec** lässt das Gremium über die Vorlage 219/15 abstimmen.